

Mietskandal auf Wieden: Immobilienkonzern überschreitet Preise!

Alarmierende Mietpreissteigerungen in Österreich:
Privatisierung ehemals gemeinnütziger Wohnungen
gefährdet leistbaren Wohnraum.



Mommsengasse 6, 1040 Wien, Österreich - Die alarmierende Situation auf dem Wohnungsmarkt Österreichs schlägt hohe Wellen: Die Privatisierung einst gemeinnütziger Wohnungen führt zu dramatischen Mietpreiserhöhungen, und die Arbeiterkammer (AK) schlägt Alarm. Untersuchungen zeigen, dass viele Mieter in neu gekauften Immobilien weit über den gesetzlichen Mietpreisen zur Kasse gebeten werden, was bereits zu einem erheblichen Mietskandal geführt hat. Wie **kosmo.at** berichtete, ist diese Entwicklung eine ernsthafte Bedrohung für den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen, da ehemalige Sozialwohnungen immer mehr in lukrative Spekulationsobjekte umgewandelt werden.

Einem kürzlich durch die AK Wien durchgeführten Bericht zufolge wurde in mindestens zwei Fällen im 4. Wiener Gemeindebezirk Wieden gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) verstoßen. Ein prominentes Immobilienunternehmen, das hinter dem Gebäude in der Mommsengasse steht, wird beschuldigt, Mietpreise, die bis zu dreimal so hoch sind wie gesetzlich erlaubt, durchzusetzen. Dies schlägt einem anderen [meinebezirk.at](https://www.meinebezirk.at) Artikel zufolge, *alle* Mieter in der Region vor eine große Herausforderung. Ein Beispiel zeigt, dass eine frühere Mieterin über 15.000 Euro an überhöhten Mietzinsen zurückbekommen hat, was die Dringlichkeit der Problematik unterstreicht.

Mietwucher und veraltete Verträge

Die Stadträtin Lea Halbwidl (SPÖ) erwähnt, dass viele Mieter über die Bedingungen ihrer Mietverträge und die früheren Eigentümer im Unklaren sind. Diese Unsicherheit führt dazu, dass sie von illegalen Mietpreisen betroffen sind, ohne es zu merken. Die Arbeiterkammer fordert daher mehr Transparenz und einen „Pickerl“ für WGG-Wohnungen, um klarzustellen, welche Mietpreise eigentlich zulässig sind. Walter Rosifka von der AK hebt hervor, dass eine tiefere rechtliche Absicherung erforderlich ist, um den außerordentlichen Mietwucher zu stoppen.

Bisher haben die Privatisierungen zur ungerechten Praxis geführt, dass gemeinnütziger Wohnraum für private Gewinne ausgebeutet wird. Die Verantwortung für den Schutz der Mieter obliegt nun den Verwaltungen, die angekündigt haben, eine Informations- und Rechtsberatungsoffensive zu starten. Ein klarer Aufruf zur wirksamen Umsetzung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes ist darum unerlässlich, um die Rechte der Mieter zu schützen und Mietskandale zu verhindern.

Details	
Vorfall	Mietskandal
Ursache	illegale Mietpreise, intransparente Verhältnisse
Ort	Mommsengasse 6, 1040 Wien, Österreich
Schaden in €	15000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.meinbezirk.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at